

Finanzkrise

- 1 Ursachen
 - 1.1 Es handelt sich um eine Überproduktionskrise wie sie dem Kapitalismus systembedingt innewohnen, die Chancen auf hohe Profite führen zu einem Investitionsvolumen in Finanzpapiere, das keinerlei Entsprechung in realen Werten findet. Langfristig aber müssen die im Finanzsektor verdienten Gewinne aber durch reale Wertzuwächse abgesichert sein, sonst kommt es zu Finanzkrisen.
 - 1.2 Nach der Überproduktionskrise in den 70er Jahren (Ende der Aufbauphase nach dem zweiten Weltkrieg) suchte das Kapital nach neuen Verwertungsmöglichkeiten:
 - 1.2.1 Neoliberale Umstrukturierung (weniger Staat, Umverteilung von unten nach oben) in der Hoffnung, dass durch die Investitionen der Wohlhabenden auch etwas für den Rest abfällt. Gerade die massive Umverteilung nach oben hat den Run auf Finanzinvestitionen gefördert.
 - 1.2.2 Globalisierung (billige Arbeitskräfte und Rohstoffe, neue Absatzmärkte)
 - 1.2.3 Lösung des Finanzsektors vom realen Sektor. Gewinne im Finanzsektor werden wieder in Finanzpapiere investiert. Es werden also Werte aus schon geschaffenem Wert generiert, es gibt keine entsprechenden realen Werte.
 - 1.3 Vor allem letzteres beinhaltet das Risiko des Absturzes. Dies wird verstärkt durch das gleichgerichtete Verhalten vieler Anleger: Steigende Kurse erhöhen die Nachfrage immer weiter bis auf dem Höhepunkt die ersten aussteigen, um die Gewinne mitzunehmen. Es entsteht ein Druck auf die Kurse, fallende Kurse lassen die Nachfrage schnell zusammenbrechen. Derartige Spekulationsblasen werden durch das gleichgerichtete „Herdenverhalten“ also noch verstärkt.
 - 1.4 Durch die Schaffung immer neuer Spielarten der Geldanlage (Derivate) wird eine Spekulationsmanie ausgelöst. So zirkulierten Papiere im Wert von 45 Milliarden Dollar mit der „Wette“, dass eine bestimmte Bank ihre Schuldverpflichtungen nicht mehr erfüllen konnte.
 - 1.5 Der Shareholder-Value-Ansatz fordert eine kurzfristige hohe Eigenkapitalrentabilität. So können die Börsenkurse kurzfristig nach oben getrieben werden, die Aktie wird für Anleger interessant.
 - 1.6 Zusammenbrüche im Finanzsektor schlagen in den realen Sektor durch, zusätzlich drohen Gefahren durch „Kreditkartenkrisen“ o.ä.
- 2 Maßnahmen - attac: „Entwaffnet die Finanzmärkte“
 - 2.1 Die derzeitigen Maßnahmen wie der Kauf von maroden Wertpapieren im Wert von 700 Milliarden Dollar durch die US-Regierung oder das 500 Milliarden Euro Programm der Bundesregierung dienen nur der (kurzfristigen) Stabilisierung, es gilt wieder das Vertrauen in die Banken herzustellen und den Bankensektor zu stabilisieren.

Weitergehende Maßnahmen könnten sein:

- 2.2 Statt einer grenzenlosen Mobilität des Kapitals ohne Kontrollen ist ein neues „Bretton Wood“ zu schaffen, eine demokratische Kontrolle des Kapitalflusses durch die UN. Dies beinhaltet auch die Ausschaltung von Währungsspekulation und ständigen Wechselkursschwankungen.
- 2.3 Die Dominanz der Finanzmärkte über die Realmärkte ist zu beseitigen

(„Entschleunigung“):

- TOBIN-Steuer auf Finanzumsätze
 - Börsenumsatzsteuer
 - Besteuerung von Veräußerungsgewinnen
 - Kapitalverkehrskontrollen
 - Rücknahme / Stopp der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen / Einrichtungen, diese sind dem Verwertungsinteresse des Kapitals zu entziehen.
- 2.4 Beachtung des Verursacherprinzips durch Schaffung eines Krisenfonds der aus Abgaben auf Finanzgeschäfte und einer Sonderabgabe auf hohe Einkommen finanziert wird.
- 2.5 Ratingagenturen werden unter öffentliche Kontrolle gestellt und haften für (Fehl)einschätzungen.
- 2.6 Änderung des EU-Vertrages: z. B. zwingt § 63 die EU-Länder, praktisch alle Kontrollen des Kapitalflusses abzubauen.
- 2.7 Für den Bankensektor selbst werden zahlreiche Maßnahmen gefordert:
- Stärkung öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Banken.
 - Absicherung von allen Geschäften durch einen entsprechenden Eigenkapitalanteil, dies gilt auch für Hedge Fonds. Reine kreditfinanzierte Geschäfte sollen nicht mehr zulässig sein.
 - Die Verbriefung von Krediten (also der Weiterverkauf in „Derivaten“) soll eingeschränkt werden (Kontrolle und Genehmigung durch die Finanzaufsicht).
 - Alle Geschäfte der Banken müssen in den Bilanzen auftauchen, eine Auslagerung in Tochtergesellschaften mit Sitz etwa auf den Caymaninseln ist nicht mehr zulässig.
 - Regulierung von Derivaten, diese sind nur noch nach Standards der Finanzmarktaufsicht und Genehmigung zulässig.
 - Erweiterte Haftung aller Finanzinstitute und neue Regelungen für Boni der Vorstände.
- 2.8 Austrocknung von Steueroasen, Geldwäsche-Fürstentümern usw.
- 2.9 Hilfen bei der privaten Entschuldung, Beachtung der Grenzen für eine private Verschuldung.
- 2.10 Stärkung der Realwirtschaft durch Konjunkturprogramme (Neo-Keynesianer), Umverteilung von oben nach unten, Stärkung der Kaufkraft der „unteren“ Einkommensschichten etc.
- 2.11 Nachhaltige Geschäftsmodelle: Mitbestimmung auch bei Veräußerung des Betriebes, Stimmrecht erst nach einem Jahr, Kopplung der Vergütung / Boni für Manager an nachhaltige Kriterien.
- 3 Realisierung
- 3.1 Internationale Abkommen oder bilaterale Regelungen, durch die internationalen Abhängigkeiten sind nationale Regelungen allein wirkungslos. Wenn es zu keiner Einigung auf den internationalen Finanzkonferenzen kommt, können Länder(gruppen) Absprachen treffen.
- 3.2 Milderung der „Auswüchse“ der Kapitalverwertung, Krisen sind im Kapitalismus nicht zu verhindern, die schlimmsten Auswirkungen sollen durch staatliche Eingriffe abgemildert, verhindert werden. Der gescheiterte Neoliberalismus wird durch Maßnahmen aus dem Katalog des Neo-Keynesianismus ergänzt / ersetzt, im Finanzsektor belässt man

es bei einigen „kleinen“ Korrekturen (Transparenz, einheitliche Bilanzierungsregeln, Kontrolle von Hedge-Fonds und Ratingagenturen, Verhaltenskodex für Bankmanager)

- 3.3 Systemfrage.....Frage nach den Eigentumsverhältnissen und der politischen Macht.
- 3.4 Oder man hört auf die Lautsprecher des Neoliberalismus wie die Herren Merz und Metzger und fordert, dass der Staat sich noch viel weiter zurückziehen muss, um das Ende aller Krisen einzuläuten.....